



LANDKREIS WOLFENBÜTTEL

Geschäftszeichen

Wolfenbüttel, den 18. Februar 2016

Protokoll

über die 21. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit

-öffentlicher Teil-

Sitzungstermin:	Dienstag, 09.02.2016
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	18:29 Uhr
Ort, Raum:	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, 38300 Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Vorsitz

Koch, Harald

stellvertretende(r) Ausschussvorsitzende(r)

Fricke, Dietmar

Ordentliche Mitglieder

Boos, Michael
Eichenlaub, Joachim
Försterling, Björn
Gerndt, Elisabeth
Hausmann, Michael
Koch, Manfred
Krause, Patrick
Puhle, Stefan

Grundmandat (nicht stimmberechtigtes Mitglied)

Leukert, Michael

stellvertretendes Mitglied

Löhr, Norbert

Vertretung für Andres
Twelckmeyer

Von der Verwaltung

Hortig, Martin

Dezernent

Protokollführer

Haver, Jürgen

Protokollführer

Es fehlen:

Ordentliche Mitglieder

Twelckmeyer, Andres

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 4b GO)
 3. Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 4c GO)
 4. Genehmigung des Protokolls über die 20. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit vom 17.11.2015 (§§ 23, 4d GO)
 5. Anfragen (§§ 23, 4e GO)
 - 5.1. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16 GO)
 - 5.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23,15 Abs. 2 GO)
 6. Anträge (§§ 23, 4f GO)
 7. Schulsozialarbeit, Weiterführung der sozialpädagogischen Stelle in der Henriette-Breymann-Gesamtschule
Vorlage: XVII-0692/2016
 8. Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE
hier: „Bürgerbeteiligung stärken – Einrichtung einer Plattform für E-Petitionen auf der Website“
Vorlage: XVII-0604/2015/2
 9. Unterrichtung durch die Landrätin über wichtige Angelegenheiten (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 4i GO)
 10. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16, 4 j GO)
-

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender H.Koch eröffnet die 21.Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit um 18.00 Uhr und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 4b GO)

Vorsitzender H.Koch stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 4c GO)

Vorsitzender H.Koch stellt die Tagesordnung fest. Änderungen liegen nicht vor. Wortmeldungen liegen nicht vor.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die 20. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit vom 17.11.2015 (§§ 23, 4d GO)

Vorsitzender H.Koch ruft den Tagesordnungspunkt 4 auf und bittet um Wortmeldungen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit einstimmig bei zwei Stimmenthaltungen nachstehenden

Beschluss:

Das Protokoll über die 20. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit vom 17.11.2015 wird genehmigt.

TOP 5 Anfragen (§§ 23, 4e GO)

TOP 5.1 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16 GO)

Vorsitzender H.Koch stellt fest, dass keine Anfragen von Einwohnern vorliegen.

TOP 5.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23,15 Abs. 2 GO)

Vorsitzender H.Koch ruft Tagesordnungspunkt 5.2 auf und bittet um Wortmeldungen.

KAbg. Hausmann bringt eine Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion ein. Er erläutert die dem Protokoll als Anlage 1 beigefügte Anfrage, die unter dem großen Begriff ‚Wohnraum für alle‘ stehe und bitte darum, dass die darin aufgeführten Fragen in der Kreisausschusssitzung am 29.02.2016 durch die Verwaltung beantwortet werden können.

Erster Kreisrat Hortig sagt eine Beantwortung der Anfrage bis zur Kreisausschusssitzung zu.

Vorsitzender H.Koch stellt fest, dass keine weiteren Anfragen von Kreistagsmitgliedern vorliegen.

TOP 6 **Anträge (§§ 23, 4f GO)**

Vorsitzender H.Koch ruft Tagesordnungspunkt 6 auf und bittet um Wortmeldungen.

KAbg. Gerndt stellt den dem Protokoll als Anlage 2 beigefügten Antrag auf Berichterstattung zum Stand des Risikomanagementsystems sowie auf Ergänzung des Quartalsberichtswesens des Landkreises um ein geeignetes Kennzahlenberichtswesen inkl. Vergleichsdaten vor. Der Antrag sei der Liquiditätsentwicklung des Landkreises geschuldet, was sich in der Mehr-als-Verdopplung der Kredite in der Haushaltsplanung zeige. Es sei nicht erkennbar, wie eine Änderung der Situation herbeigeführt werden könne, daher stelle die Fraktion den Antrag, zu erläutern, welches Risikomanagement greifen könne und wie es gegebenenfalls noch ergänzt werden könne. Weiterhin solle das Quartalsberichtswesen um ein geeignetes Kennzahlenberichtswesen ergänzt werden, um eine Positionierung des Landkreises Wolfenbüttel ähnlich anderer vergleichbarer Gebietskörperschaften zu erreichen. Dieses würde auch dazu führen, dass durch die erhaltene Transparenz der Politik bei unpopulären Entscheidungen der Rücken gestärkt werden würde.

KAbg. Försterling stellt dar, dass ein Risikomanagement allein dadurch gewährleistet sei, dass in der Verwaltung geprüft werde, ob und inwieweit Liquiditätskredite aufgenommen bzw. in Anspruch genommen werden müssten. Sofern die vom Kreistag beschlossenen Grenzen erreicht werden würden, müsse eine Information der politischen Gremien erfolgen. Ein Kennzahlenvergleich führe jedoch zu einer zusätzlichen Belastung der Verwaltung, die schon permanent versuche, die zur Verfügung gestellten Budgets nicht zur Gänze zu verbrauchen und dadurch finanzielle Mittel einzusparen. Zudem könne er sich nicht erinnern, dass Kennzahlen jemals zu einer anderen politischen Entscheidung geführt hätten. Somit würde die Einführung eines Kennzahlenvergleichs nur dazu führen, dass Stellen geschaffen werden müssten, der Ertrag aber eher überschaubar wäre. Weiterhin wäre eine Kontrolle über die Haushaltsberatungen und den Stellenplan gegeben. Der Kreistag habe in jeder Haushaltsberatung letztendlich mehr ausgegeben, als von der Verwaltung vorgeschlagen wurde.

KAbg. Gerndt stimmt zu, dass der Stellenplan und Finanzdaten letztendlich Kennzahlen seien. Der Verwaltung stünden sicherlich auch noch andere Daten zur Verfügung, um sich zu steuern. Diese könnten dazu führen, dass auch Entscheidungen getroffen werden könnten, die eher haushaltssichernd als populär wären. Es wäre schwer, eine Aussage zu treffen, wie sich bestimmte Dinge entwickelt hätten, wenn andere Steuerungsindikatoren zur Verfügung gestanden hätten. Die Haushaltsplanung 2016 habe eine Brisanz, deren Entwicklung nicht als Option betrachtet werden könne. Es müssten Überlegungen getroffen werden, wie dieser Entwicklung begegnet werden könne. Kennzahlen könnten dabei helfen. Es gehe nicht darum neue Daten zu erheben, sondern aufgrund bereits bestehender Abfragen zusammen- und umfassend unterrichtet zu werden.

Erster Kreisrat Hortig stellt dar, dass eine Annahme des Antrags tatsächlich Auswirkungen auf den Stellenplan haben werde. Das vorhandene Personal sei bereits voll gebunden und es seien keine freien Ressourcen vorhanden, um diese zusätzlichen Zahlen, die den gesamten Haushaltsumfang betreffen, zu ermitteln. Es würden mindestens 1 bis 1,5 neue Stellen notwendig werden. Hierzu würden noch konkrete Angaben im Rahmen der politischen Diskussion erfolgen können. Problem sei jedoch auch, dass eine Vergleichbarkeit trotz genauer Definitionen der Kennzahlen, nicht zwangsläufig gegeben sei, da jede Gebietskörperschaft die Definition etwas anders auslege. Eine Vergleichbarkeit mit umliegenden Gebietskörperschaften scheiterte bislang immer daran. Zudem erfolgen Ausgaben entweder aufgrund politischer Beschlüsse oder gesetzlicher Grundlagen, die zu erfüllen wären. Im Übrigen würde bei positivem Beschluss, dass Ergebnis des erheblichen Ermittlungsaufwandes lauten, dass die Verwaltung durchaus wirtschaftlich gearbeitet habe.

KAbg. Gerndt stellt noch einmal deutlich, dass der Sinn des Antrage nicht sei, zu prüfen, ob die Verwaltung wirtschaftlich arbeite.

KAbg. Fricke sieht ein Risikomanagement eher in der freien Wirtschaft angesiedelt, das so nicht auf die Verwaltung übertragbar wäre. Er sei auch der Meinung, dass, sofern eine Einführung erfolgen solle, es personelle Ressourcen benötige. Er sehe auch die Brisanz der Haushaltsplanung 2016. Diese sei aber auch einer ganz speziellen Situation geschuldet, die die Verwaltung so nicht beeinflussen könne. Im Übrigen gebe es drei entscheidende Kennsysteme in einem öffentlichen Haushalt. Dieses wären die Produktbeschreibungen, der Stellenplan und die Liquiditätsplanungen, die auch von der Verwaltung vorgelegt werden könnten. Sofern gewünscht ist, dass dieses noch detaillierter durch Kennzahlen dargestellt werde, müsste die Verwaltung prüfen, ob dieses mit dem vorhandenen Personal möglich wäre, oder ob zusätzliches Personal benötigt werde. Er würde empfehlen, den Antrag zunächst mit in die Fraktionen zu nehmen und dort darüber zu befinden und zu einem späteren Zeitpunkt im Gremium noch einmal darüber zu beraten.

KAbg. Gerndt fragt noch einmal nach, ob ein Risikomanagement vorliegt. Sie stelle sich darunter vor, dass es einen Maßnahmenkatalog gebe, wie man bestimmten Risiken begegne. Es gehe explizit darum zu beschreiben, wie man diese Risiken beherrsche, mindere oder eine Gegensicherung bilde.

Erster Kreisrat Hortig verweist noch einmal auf die Quartalsberichte, die zur Verfügung gestellt werden. Hieraus ließe sich entnehmen, wie sich die finanzielle Situation entwickelt hat und wie diese Entwicklung weitergehe.

KAbg. Försterling weist darauf hin, dass auch außer- und überplanmäßige Ausgaben entsprechend mitgeteilt werden und dieses letztendlich die Risiken darstellen würde. Alle weiteren Vorgaben wären vom Kreistag beschlossen worden. Andere große Risiken wären vom Landkreis nicht steuerbar, da niemand im Voraus die Entscheidungen von Land und Bund vorhersehen könne. Auch auf das größte Risiko des Haushaltes, die Entwicklung des Zinsniveaus, habe der Kreis keinen Einfluss. Hierauf könne man sich letztendlich nur vorbereiten, indem man Schulden abbaue, was wiederum eine Entscheidung des Kreistages darstelle.

KAbg. Krause stellt den Antrag die Diskussion zu schließen und den Antrag in die Fraktion zu geben.

Vorsitzender H.Koch erklärt, dass der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zunächst zwecks Beratung in den Fraktionen bis zur 22. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit zurückgestellt wird.

Vorsitzender H.Koch stellt fest, dass keine weiteren Anträge vorliegen.

**TOP 7 Schulsozialarbeit, Weiterführung der sozialpädagogischen Stelle in der Henriette-Breymann-Gesamtschule
Vorlage: XVII-0692/2016**

Vorsitzender H.Koch ruft den Tagesordnungspunkt 7 auf und stellt die Vorlage vor. Er bittet um Wortmeldungen.

KAbg. Fricke äußert seinen Unmut, dass das Land Niedersachsen für seine Zuständigkeit noch keine Entscheidung getroffen hat und der Landkreis, der die Schulsozialarbeit erhalten möchte, zunächst in Vorleistung treten müsse. Da die Schulsozialarbeit aber von der CDU-Fraktion als wichtig erachtet wird, würde sie trotz des Unmutes der Vorlage zustimmen.

KAbg. Hausmann erläutert, dass die Thematik auch im Jugendhilfeausschuss Bestandteil der Beratungen war und auch bereits dort die SPD-Fraktion die Wichtigkeit bekräftigt hatte und somit der Vorlage auch zustimmen würde.

Ohne weiter Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit einstimmig nachstehenden

Beschlussvorschlag:

In der Henriette-Breymann-Gesamtschule wird der bisher befristete Stellenanteil von 0,5 (S 11 TVöD) zunächst bis zum 31.12.2016 weitergeführt. Die Mittel sind in den Haushalt 2016 eingestellt.

TOP 8 Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE hier: „Bürgerbeteiligung stärken – Einrichtung einer Plattform für E- Petitionen auf der Website“ Vorlage: XVII-0604/2015/2

Vorsitzender H.Koch ruft Tagesordnungspunkt 8 auf und erläutert die Vorlage. Er bittet um Wortmeldungen.

KAbg. Leukert erklärt das seine Kreistagsfraktion den Vorschlag als unbefriedigend empfindet und im Kreisausschuss einen Änderungsantrag einbringen wird.

KAbg Boos fragt, wie der Sachstand zur neuen Homepage sei und wie die Umsetzung des in der Vorlage vorgeschlagenen Hinweises der Möglichkeiten des §34 NKomVG geplant sei.

Hinweis der Verwaltung:

Die technische Umsetzung der neuen Homepage ist sehr weit voran geschritten.

Die Implementierungen der Schnittstellen (u .a. BUS Nds.) und die redaktionelle Gestaltung sind derzeit in Arbeit. Eine Abnahme des Gesamtprojektes soll im 2. Quartal 2016 erfolgen.

Die Möglichkeiten nach § 34 NKomVG von Anregungen und Beschwerden der Einwohnerinnen und Einwohnern an den Kreistag wird in der Rubrik Politik/Kreistag aufgenommen. Dieses erfolgt mit Hilfe eines Kontaktformulars. Erläuterungen zum Inhalt des § 34 NKomVG werden ebenfalls eingestellt

KAbg. Boos beantragt die Vorlage zurückzustellen, bis die Beantwortung erfolgt sei. Seine Fraktion könne so nicht zustimmen.

KAbg. Fricke erklärt, dass die Vorlage aus Sicht der CDU-Fraktion schlüssig sei und er beantragt die Abstimmung über die Vorlage.

KAbg. Krause sieht die Vorlage ebenfalls als ausreichend an und die SPD-Fraktion würde dem Beschlussvorschlag ebenfalls zustimmen.

KAbg. Gerndt fragt, inwieweit die Möglichkeiten aus §34 NKomVG den Möglichkeiten einer Petition entsprächen.

Erster Kreisrat Hortig entgegnet, dass die Möglichkeiten letztendlich über denen einer Petition hinaus gehen, da der Kreis die Anfragen nicht von der Menge an Unterstützer abhängig mache.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit mit 9 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen mehrheitlich nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

1. Der Landkreis Wolfenbüttel weist auf seiner neuen Homepage explizit auf das Recht nach § 34 NKomVG sowie nach § 7 der Hauptsatzung des Landkreises Wolfenbüttel hin, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Anregungen und Beschwerden in Angelegenheiten der Kommune an den Kreistag Wolfenbüttel wenden zu können.
2. Von einer Einrichtung einer Plattform für E- Petitionen sowie von einer Verlinkung zu der Plattform „openpetition“ auf der Website des Landkreises Wolfenbüttel wird abgesehen.

TOP 9 Unterrichtung durch die Landrätin über wichtige Angelegenheiten (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 4i GO)

Vorsitzender H.Koch ruft Tagesordnungspunkt 9 auf

Erster Kreisrat Hortig teilt mit, dass keine Unterrichtungen vorliegen.

TOP 10 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16, 4 j GO)

Vorsitzender H.Koch stellt fest, dass keine Anfragen von Einwohnern vorliegen.

Vorsitzender H.Koch bedankt sich und schließt die Sitzung um 18.29 Uhr

Vorsitzender

Protokollführer/in